

**Mögliche Schaffung einer interkantonalen Berufsfachschule**

---

**Anfrage**

Die Region Broye nimmt im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit eine Pionierrolle ein. Das Broyeland als zerstückelte Region an der Grenze zwischen dem Kanton Waadt und dem Kanton Freiburg war gezwungen, im Bereich der Gesundheit, der Bildung und der Wirtschaft Möglichkeiten der interkantonalen Zusammenarbeit zu finden. Grosse Realisierungen erlauben es der Region Broye, als Vorbild für andere Kantone zu stehen, die Mühe haben, interkantonale Projekte aufzustellen. Als Erfolge können unter anderem das GYB (das interkantonale Gymnasium Broye), das HIB (das interkantonale Spital Broye) oder die COREB (die regionale Wirtschaftsgemeinschaft Broye) angeführt werden. Diese Errungenschaften stellen unter Beweis, dass zum Wohle der Einwohner einer ganzen Region die Kantonsgrenzen überwunden werden können.

Im Bereich der Berufsbildung hat die Region Broye ebenfalls gute Karten in der Hand. In der Stadt Payerne befindet sich ein kaufmännisches Berufsbildungszentrum, das zurzeit dem CPNV (Centre professionnel du Nord vaudois) angeschlossen ist. Nachdem die Schule 2005 beinahe geschlossen worden wäre, ist sie heute angesichts der grossen Nachfrage unterdimensioniert. Dies ist unter anderem auf das starke Bevölkerungswachstum der Region Broye zurückzuführen. Folglich ist man berechtigt, über die Vergrösserung der Berufsfachschule von Payerne nachzudenken und dies ist der Grund, weshalb ich mir erlaube, mich an den Staatsrat zu wenden. In der Tat könnte der Kanton Freiburg die Gelegenheit nutzen, um eine Zusammenarbeit aufzubauen, die zu einem Resultat nach dem Vorbild des interkantonalen Gymnasiums Broye führt. Nach dem HIB und dem GYB, warum keine interkantonale Berufsfachschule? Als Vorteile einer interkantonalen Berufsfachschule in der Region Broye sind zu erwähnen:

- Dezentralisierung der Berufsbildung in einer Region, die 60 000 Einwohner zählt;
- Einführung eines Bildungszentrums, das zwischen Yverdon und Freiburg ideal gelegen ist;
- Stärkung des GYB durch die Nutzung von Synergien sowohl bezüglich der Logistik als auch hinsichtlich der schulischen Belange;
- Reduktion des Verkehrs (öffentliche und private Verkehrsmittel) in Richtung Freiburg, Lausanne und Yverdon;
- Platzgewinn in den Berufsfachschulen in Freiburg und Yverdon, die ebenfalls eine starke Nachfrage verzeichnen.

Aufgrund dieser Erwägungen bitte ich den Staatsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

1. Auch wenn das grösste Bedürfnis aus dem Kanton Waadt stammt, ist unser Staatsrat bereit, mit seinem Waadtländer Amtskollegen darauf einzutreten?
2. Ist eine Dezentralisierung der Berufsbildung in der Region Broye denkbar?
3. Hat der Staatsrat das Thema mit seinem Waadtländer Amtskollegen bereits angesprochen?
4. Ist der Staatsrat mit den Vorteilen eines derartigen Vorhabens einverstanden?
5. Beide betroffenen Kantone sind mit dem interkantonalen Gymnasium Broye (GYB) zufrieden. Wäre unser Kanton bereit, den Versuch zu wiederholen?
6. Ist der Staatsrat bereit, eine Machbarkeitsstudie aufstellen zu lassen?

1. Dezember 2010

## Antwort des Staatsrats

Der Staatsrat freut sich über die wirtschaftliche Entwicklung der Region Broye und ist sich der Pionierrolle bewusst, die diese Region insbesondere im Bereich der interkantonalen Zusammenarbeit spielt. Die Erfolge auf diesem Gebiet sprechen für sich. Der Staatsrat möchte in Erinnerung rufen, dass die Idee eines interkantonalen Berufsbildungszentrums im Rahmen der Überlegungen berücksichtigt wurden, die von der Vereinigung des kantonalen Berufsbildungszentrums – mit dem Staat, der Arbeitgeberschaft und den Gemeinden – angestellt wurden, als es um die Frage der Zentralisierung der Berufsbildung auf die drei Standorte Freiburg, Bulle und Grangeneuve-Posieux ging. Diese insbesondere nach Berufsfeldern organisierte Zentralisierung hat es erlaubt, das bis 2014 erwartete Bevölkerungswachstum des Kantons Freiburg zu berücksichtigen, wobei allerdings für die Zeitspanne von 2010 bis 2019 auf der Sekundarstufe II eine Abnahme von 2,4% erwartet wird. Mit Investitionen von über 100 Millionen Franken in den vergangenen 12 Jahren ist es der Berufsbildung gelungen, auf die starke Zunahme der Anzahl Auszubildenden einzugehen, die von 5600 Lernenden im Jahre 2000 auf über 8500 im Jahre 2010 angestiegen ist. Darin inbegriffen sind auch die Lernenden, die den beruflichen Unterricht ausserhalb unseres Kantons besuchen. Das neue Gebäude am Standort „Hinter den Ringmauern“ in der Stadt Freiburg, das im Herbst 2010 eingeweiht wurde, ist eines der sichtbarsten Resultate dieser Überlegungen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Ort, an dem die Lernenden den beruflichen Unterricht besuchen, vom Kanton bestimmt wird, in dem sich der Bildungsbetrieb befindet und dass er von vielen Faktoren abhängt, die mehr als 200 Berufe und Berufsfelder und deren Organisation zwischen den Kantonen betreffen. Entgegen der Entwicklung der Klassen in der obligatorischen Schule verursacht der Zustrom von neuen Schülern in der Berufsbildung ausserdem keine proportionale Zunahme der Anzahl Klassen. Somit sind die Rahmenbedingungen, die es erlaubt haben, das interkantonale Gymnasium Broye (GYB) zu schaffen, sehr verschieden von der dualen Berufsbildung, die hauptsächlich durch das Bundesgesetz vom 13. Dezember 2002 über die Berufsbildung (BBG) geregelt wird.

Von den 639 Lernenden, die in der Freiburger Broye wohnen, besuchen zurzeit 51 Personen die Berufsfachschule in Payerne, um einen Beruf im kaufmännischen Bereich oder im Verkauf zu erlernen (43 im dualen System und 8 im schulischen Vollzeitsystem). Die Kosten für diese Lernenden belaufen sich für unseren Kanton auf 413 300 Franken. Diese Kosten gründen auf der interkantonalen Vereinbarung vom 22. Juni 2006 über die Beiträge an die Ausbildungskosten in der beruflichen Grundbildung (Berufsfachschulvereinbarung, BFSV).

Aufgrund dieser Darlegungen und da der Staatsrat den Unterricht für die berufliche Grundbildung im Kanton anbieten möchte (siehe Art. 13 des Gesetzes vom 13. Dezember 2007 über die Berufsbildung (BBiG) und Art. 7 seines Reglements vom 23. März 2010 (BBiR)) und da der Kanton Waadt aufgrund der Kompetenzzentren, die von seinem Grossen Rat 2001 verabschiedet wurden, keine interkantonale Einrichtung schaffen möchte, hält es der Staatsrat auch nicht für angezeigt, eine derartige Schule in der Broye zu schaffen.

Falls sich die aktuellen wirtschaftlichen Entwicklungsfaktoren in der Region Broye deutlich verändern sollten, könnte die vorliegende Frage selbstverständlich immer noch einer Studie unterzogen werden.

Im Übrigen ist die Vereinigung des kantonalen Berufsbildungszentrums für die Finanzierung von Infrastrukturen für die berufliche Grundbildung im dualen System in Betrieben verantwortlich (siehe Art. 10, 11, 64-67, 71 des Berufsbildungsgesetzes vom 13. Dezember 2007 (BBiG)). Zur Erinnerung wird diese Vereinigung zu 25% vom Kanton Freiburg, zu 50% von den Gemeinden und zu 25% von der privaten und öffentlichen Arbeitgeberschaft finanziert.

Gestützt auf die oben angeführten Erwägungen lauten die Antworten des Staatsrats wie folgt:

**1. Auch wenn das grösste Bedürfnis aus dem Kanton Waadt stammt, ist unser Staatsrat bereit, mit seinem Waadtländer Amtskollegen darauf einzutreten?**

Da die aktuellen Infrastrukturen den Bedürfnissen und der verfolgten Bildungspolitik entsprechen, hält es der Staatsrat zurzeit für nicht angezeigt, eine interkantonale Berufsfachschule in der Region Broye zu schaffen - dies umso mehr, als der Kanton Waadt aufgrund seiner Kompetenzzentren, die von seinem Grossen Rat 2001 verabschiedet wurden, auch kein unmittelbares Bedürfnis danach vermeldet. Ausserdem wird die Entwicklung des öffentlichen Verkehrs im Kanton Freiburg und insbesondere die S-Bahn ab 2014 die Mobilität in Richtung Freiburg und Bulle verbessern.

**2. Ist eine Dezentralisierung der Berufsbildung in der Region Broye denkbar?**

Eine derartige Dezentralisierung existiert faktisch schon heute mit dem Standort Payerne des Berufsbildungszentrums des Waadtländer Nordens (CPNV) für 51 Lernende in kaufmännischen Berufen und im Verkauf. Aufgrund der oben erwähnten Entwicklungen hält es der Staatsrat nicht für angezeigt, einen Teil der Berufsbildung zu dezentralisieren.

**3. Hat der Staatsrat das Thema mit seinem Waadtländer Amtskollegen bereits angesprochen?**

Keine formalen Gespräche haben bisher dazu stattgefunden. Das Waadtländer Departement wurde einzig im Rahmen dieser Anfrage vom Berufsbildungsamt kontaktiert. Das Waadtländer Departement und die Freiburger Direktion, die für die Berufsbildung zuständig sind, stehen in ständigem Kontakt, insbesondere bezüglich der interkantonalen Berufsschulklassen in Anwendung der Berufsfachschulvereinbarung. Im Jahr 2005 hat eine Arbeitsgruppe für die Suche nach Synergien zwischen der Berufsfachschule Broye (EPB) und dem interkantonalen Gymnasium Broye (GYB) die Frage einer allfälligen Integration eines dualen kaufmännischen Berufsbildungsgangs in das GYB geprüft. Diese Idee wurde aber angesichts der Integration der Klassen der EPB in die Struktur des Berufsbildungszentrums des Waadtländer Nordens (CPNV) nicht weitergezogen.

**4. Ist der Staatsrat mit den Vorteilen eines derartigen Vorhabens einverstanden?**

Aufgrund der oben erwähnten Entwicklungen ist der Staatsrat der Ansicht, dass ein derartiges Vorhaben keine bedeutende Verbesserung bringen und nicht auf der Linie seiner Berufsbildungspolitik liegen würde.

**5. Beide betroffenen Kantone sind mit dem interkantonalen Gymnasium Broye (GYB) zufrieden. Wäre unser Kanton bereit, den Versuch zu wiederholen?**

Wie weiter oben erwähnt, ist nach Meinung des Staatsrats die Erfahrung des GYB nicht direkt auf die Berufsbildung anwendbar, für die nicht die gleichen Rahmenbedingungen gelten. Da die heutigen Infrastrukturen den Bedürfnissen und der verfolgten Bildungspolitik entsprechen und der Kanton Waadt keine interkantonale Einrichtung schaffen möchte, hält es auch der Staatsrat nicht für angezeigt, eine derartige Schule in der Region Broye zu schaffen.

**6. Ist der Staatsrat bereit, eine Machbarkeitsstudie aufstellen zu lassen?**

Angesichts der oben erwähnten Entwicklungen hält es der Staatsrat nicht für angezeigt, zum heutigen Zeitpunkt eine Machbarkeitsstudie durchzuführen.